TOP

Haupt- und Finanzausschuss	25.02.2021

öffentlich

Vorlage Nr.	038/2021-12
Stand	06.01.2021

Betreff Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 05.01.2021 betr. Teilnahme an der Städtechallenge der Initiative Faktor2

Beschlussentwurf

Der Haupt- und Finanzausschuss

beschließt, dass sich die Stadt Bornheim ab dem 21.02.2021 an der Städtechallenge der Initiative Faktor2 zur monatlichen Messung der Solarstromgewinnung beteiligt und

beauftragt den Bürgermeister, hierfür die monatlichen benötigten Daten zu erfassen, die Solarstromgewinnung, wenn möglich, zu fördern und im Rahmen der verfügbaren Personalressourcen geeignete Maßnahmen zur Öffentlichkeitsarbeit und Beteiligung der Öffentlichkeit zu treffen.

Sachverhalt

Die Verwaltung sieht die Nutzung der Sonnenenergie als einen der wesentlichen Bausteine zur Senkung der CO_2-Produktion und damit zum Klimaschutz. Daher unterstützt sie grundsätzlich den vorliegenden Antrag, um die verstärkte Nutzung von Dachflächen für Photovoltaikanlagen zu werben.

Die "StädteChallenge" als interkommunaler Wettbewerb um Zubauraten an PV-Anlagen reiht sich in eine ganze Reihe von Aktivitäten ein, die seit über 15 Jahren zur Förderung der Sonnenenergienutzung durchgeführt wurden (Solar Lokal, Woche der Sonne, Solarbundesliga etc.). Aus Sicht der Verwaltung ist und bleibt aber der wirtschaftliche Anreiz zum Bau von PV-Anlagen durch das immer wieder modifizierte Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) entscheidend. Dies spiegelt sich auch in der Zubaurate der letzten Jahre wieder, die in Bornheim, auch ohne gezielte massive Öffentlichkeitsarbeit der Verwaltung erfreulich verläuft:

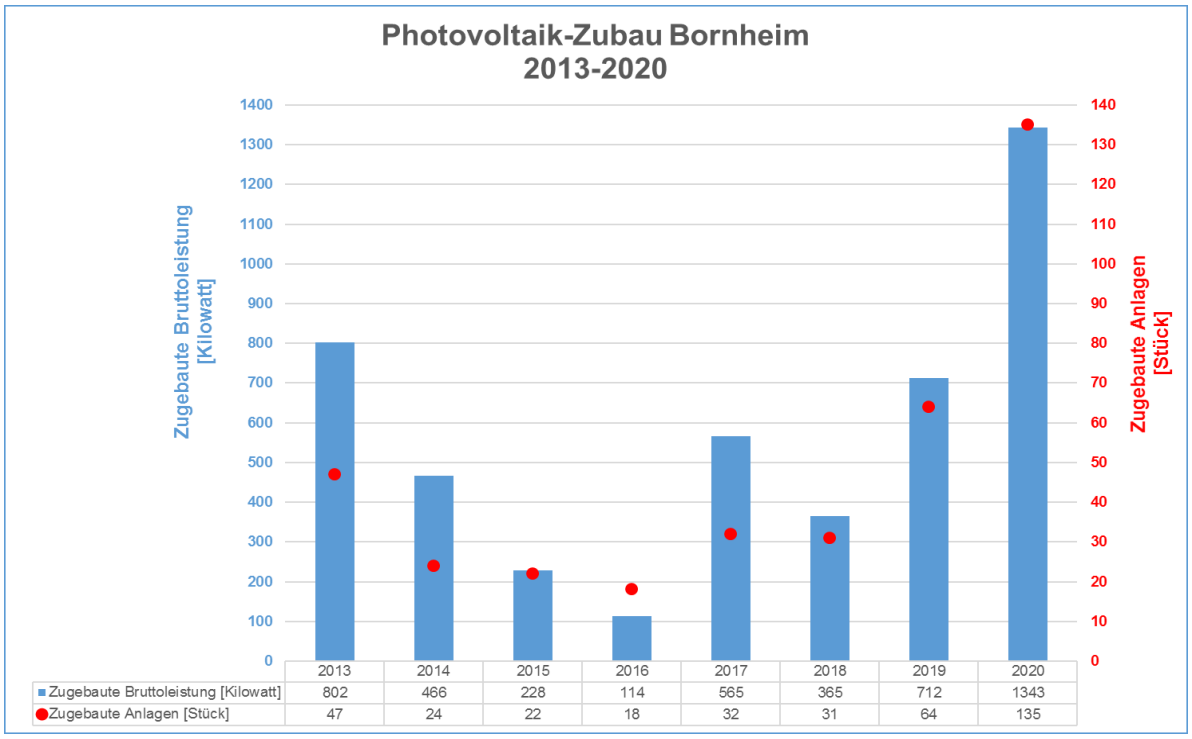

Abbildung 1: Quelle: Marktstammdatenregister, interkommunaler Klimamanager

Zudem sind die personellen Kapazitäten der Verwaltung nicht nur in diesem Bereich mehr als begrenzt. Es gilt daher abzuwägen, welches Projekt im Klimaschutz und der Klimafolgenanpassung mit welchem Ressourceneinsatz weiterverfolgt werden sollte.

Nach den Vorstellungen der Parents for Future-Bewegung soll der Wettbewerb z.B. durch verschiedene Aktionen, Methoden und Programme gefördert werden. In Frage kämen etwa Aktionen wie „Solarparties“, Diskussionen im öffentlichen Raum, Infostände, Erfolgsfeste, Malwettbewerbe in Schulen und Kindergärten, Plakate in Einkaufszentren, Demos mit Kundgebungen, Informationen durch die Energiegenossenschaften, das Team und die Klima- oder Energieagenturen, Präsentationen in den öffentlichen Medien, Talkshows, Radioberichte, regelmäßige Pressemitteilungen über die Teilnahme der Stadt, die Steigerung der PV-Leistung etc. zur Motivation der Bürgerinnen und Bürger. Dies ist mit dem vorhandenen Personal sicher nicht leistbar!

Umsetzbar wären aus Sicht der Verwaltung allenfalls die monatliche Ermittlung der aktuell installierten KWpeak-Leistung sowie die Meldung auf der Plattform für die StädteChallenge. Eine begleitende Öffentlichkeitsarbeit muss sich dann an den verfügbaren Personalressourcen orientieren.

Finanzielle Auswirkungen

Personalkosten in nicht bezifferbarer Höhe